

wirkt, um dieselben und zu entreißen. Er hat die Rechnung aufgestellt: er hoffe der Partei das nächste Mal dadurch 20 bis 25 Wahlkreise zu entreißen. Es wird Sache der Parteigenossen und mit erster Linie Sache der betreffenden Abgeordneten sein, daß diese Rechnung zu Schanden wird. Aber auch die verschiedenen bürgerlichen Parteien rüsten dieses Mal in ganz anderer Weise zum Kampf als früher. So hat zum Beispiel der Bund der Landwirte die Beiträge für seine Mitglieder mit Rücksicht auf den kommenden Wahlkampf um 50 Prozent erhöht. Die National-liberalen haben wider ihre Gewohnheit, schon jetzt den Ausbau ihrer Organisation und die Sammlung der Mittel in die Hand genommen. Das Zentrum arbeitet mit Hilfe seiner Pfarrer, Kapläne und Lehrer geradezu sieberhaft, um nicht nur das Eroberte zu behaupten, sondern auch den Verlust, der ihm wahrscheinlich in Oberschlesien bevorsteht, durch Siege anderwärts wett zu machen und vor allem auch, um seine Stimmzahl zu erhöhen." Der Parteivorstand fordert dann Ausbreitung der Presse und Ausbau der Organisation; beide Punkte können auch wir nicht oft genug dringend unseren Vertrauensmännern ans Herz legen.

Der sozialdemokratische Parteitag stimmte in der Sitzung vom 28. September über die Resolution Bebel-Regien zum Massenstreik ab. Zur Abstimmung erbat sich Kautsky das Wort, um zu erklären, er habe seinen Antrag eingebracht, damit die ihm notwendig erscheinenden Gründe über die Politik in den Gewerkschaften klar gestellt würden. Er habe aber hier gesehen, daß es sich nicht um die Frage der Nichtigkeit seines Antrages, sondern darum, ob Opportunitätsgründe seine Ablehnung rechtfertigten, handle. Ich glaube also, die Abstimmung würde ein falsches Bild ergeben, und ziehe deshalb meinen Antrag zurück. (Bewegung und Beifall.) Sodann wurde in die Abstimmung eingetreten, die namentlich ist, fast sämtliche Delegierte stimmen für die Resolution Bebel-Regien. So wurde die Resolution mit 323 gegen 62 Stimmen angenommen. Mit Nein stimmten unter anderen die Abgeordneten Eichhorn, Ledebour, Geier, Goldstein, Grenz, Lipinski, Reichhaus, Schwarz-Lübeck, Stolle und Zubeil, weiter Rosa Luxemburg, Karl Kautsky und Landtagsabgeordneter Süh-Kind-Mannheim. Sodann erfolgte die Abstimmung über den ersten Satz des im übrigen zurückgezogenen Antrages Kautsky, der als Zusatz der Resolution Bebel angenommen wurde. Die Gesamtstimmenzahl der so veränderten Resolution Bebel-Regien ergab ihre Annahme mit 386 gegen 5 Stimmen. Die Resolution Bebel enthält folgenden Satz: „Um die Einheitsfront des Proletariats und Handelns von Partei und Gewerkschaften zu sichern, ist es unentbehrlich für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes, daß die Gewerkschaftsbewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie erfüllt wird." Den Antrag des Vorstandes über die Anarcho-sozialisten begründete Abgeordneter Mollenhuth. Rosa Luxemburg: Wir leben alle den Anarchismus nur als eine Form geistiger Verwirrung und Dekadenz an. Aber trotz alledem würden wir mit der Annahme der Resolution des Parteivorstandes einen schweren Mißgriff begehen. Ausschlaggebend für mich ist, daß wir mit dem Ausschluß der Anarcho-Sozialisten ein trauriges Beispiel dafür geben würden, daß wir Energie und Entschlossenheit nur nach links anwenden, nach rechts aber die Türen weit offen lassen. Wenn wir niemanden von der äußersten Rechten ausgeschlossen haben, dürfen wir auch niemanden von der äußersten Linken ausschließen. (Beifall und lautes Rufen.) In der Abstimmung wurde beschlossen, die Erledigung der ganzen Frage einer Besprechung zwischen Parteivorstand und Generalkommission zu überlassen. In der Nachmittags-sitzung wurde zunächst zur russischen Revolution eine Resolution vorgelesen, in der der Parteitag „eine höchste Anerkennung und Bewunderung" den Revolutionären, den Trägern des ständewürdigen Regierungssystemes aber, die nicht davor zurückbeugen, die von ihnen selbst einberufene Duma durch einen Staatsstreich wieder aufzuheben, seine tiefste Verachtung ausdrückt. Der Parteitag erklärt sich namens der Partei fernerhin bereit, die Genossen in Russland in ihren furchtbaren opferreichen Kämpfen moralisch und tatkräftig zu unterstützen und jeder Einmischung von außen in die inneren russischen Angelegenheiten aufs entschiedenste entgegenzutreten." Sodann wurde die Weisung erlassen, die in früheren Jahren Anlaß zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Partei und Gewerkschaften gegeben hatte. Der Parteitag nahm ohne Debatte einstimmig die Zener-Resolution an. Sie lautet: „Die Weisung ist eine zur Unterstützung der Klassenforderungen und des Klassenkampfes des Proletariats, sowie zur Förderung des Weltfriedens von den internationalen

Arbeiterkongressen beschlossene Demonstration, deren wirksame und würdige Gestaltung gemeinsame Aufgabe aller politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist. Als solche Massendemonstration wird sie vom Unternehmertum und den bürgerlichen Regierungen bekämpft, aber dieser Widerstand kann für die Arbeiterklasse kein Anlaß sein, von der Durchführung der Weisung abzugehen. In Uebereinstimmung mit den internationalen Arbeiterkongressen von Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900, Amsterdam 1904 betrachtet die deutsche Sozialdemokratie die allgemeine Arbeitsruhe als die würdige Form der Feiern. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen."

Oesterreich-Ungarn.

Die Korrespondenz Wilhelm meldet, der Kaiser werde der morgigen Enthüllung des Deutschmeisterdenkmals, ferner der am 30. Oktober stattfindenden Einweihung der Herz-Jesu-Kirche in Wien und auch den Hofjagden in Eisenberg Anfang Oktober nicht beiwohnen. Trotz dieser Abgabe ist das Befinden des Kaisers ganz befriedigend. Der Monarch muß sich nur auf ärztliche Anordnung bis zur vollständigen Wiederherstellung noch Schonung auferlegen.

Belgien.

500 Lehrer als Felder ihrer Ueberzeugung. Am 24. d. M. waren in Mecheln, der Residenz des Erzbischofs, 800 Lehrer zusammengekommen, um eine wohlverdiente Guldigung von der katholischen Bevölkerung entgegenzunehmen. Es handelte sich darum, jene Lehrer zu ehren, die im Jahre 1879, als die liberale Regierung die sogenannte „neutrale", d. h. konfessionslose Schule in Belgien einführt, zur selben Stunde ihre Demission gaben. Der katholische Unterricht wurde damals aus der Schule verdrängt und ein streng „neutraler" Unterricht angeordnet. Das katholische Volk war hierdurch in seinen heiligsten Gefühlen verletzt und wollte von den religionslosen Schulen durchaus nichts wissen. Sogleich wurde mit heiligem Eifer ans Werk gegangen und fast in allen, auch den kleinsten Dörfern wurden mit dem gerne geopfertem Gelde der Katholiken neben den „neutralen" Schulen private, katholische Lehranstalten errichtet. In vielen Dörfern Brabants und Flanderns stand die „neutrale" Schule völlig leer: sie fand keine Schüler. Der Lehrer bezog seinen Gehalt, ohne eine Stunde in der Schule tätig sein zu können. Mit allen möglichen Mitteln wurden dabei die katholischen Schulen von der Regierung bekämpft. Doch es war umsonst. 2000 Lehrer hatten bei der Verfündigung des „neutralen" Schulgesetzes ihre Demission gegeben und boten sich den Katholiken an, die Leitung der katholischen Schulen zu übernehmen. Heute sind von diesen Braven noch ungefähr 800 am Leben. Die Gelder der Ueberzeugung wußten sehr gut, daß sie bei der neutralen Schule einen höheren Gehalt und eine sicher: Pension haben würden; sie wußten auch, daß sie des Schutzes der liberalen Regierung sicher waren und mit geringer Arbeit ein ruhiges Dasein vor sich hatten, wenn sie im Amte blieben. Aber die „neutrale" Schule stand mit ihrem Gewissen im Widerstreit und keine zeitlichen Vorteile vermochten sie dazu, ihre religiöse Ueberzeugung zu opfern. So verdienen denn die noch lebenden 800 Lehrer aus jenen Tagen vollauf die Ehre, die ihnen Montag vom ganzen katholischen Belgien gezollt wurde.

Frankreich.

Der Freimaurerkongreß, welcher soeben nach sechs-tägiger Dauer in Paris geschlossen wurde, hat einige interessante Momente. So gab es lebhafteste Auseinandersetzungen zwischen den Sozialisten und den radikalen Freimaurern, weil die ersteren gar zu gerne die wohlvererbene Krone des Grand Orient der sozialistischen Propaganda dienstbar machen möchten. Die Gesamteinnahme des Grand Orient beträgt jährlich ungefähr 480 000 Franken, während die Klassen der Sozialisten meistens leer sind. Auf der Bahn der jetzigen Entwicklung werden die französischen Sozialisten wohl dem italienischen Beispiele folgen müssen; in Italien hat sich bereits ganz naturgemäß unverföhnliche Feindschaft zwischen „Brüdern" und „Genossen" herausgebildet. Die Freimaurerinnen hielten ebenfalls eine Feier ab und luden die Freimaurer dazu ein. Sie hofften dadurch die Zulassung der Frauen zu den Logen zu erzwingen, aber ein Antrag dieser Art wurde vom Konvent auch diesmal verworfen. Es bestehen übrigens bereits elf Freimaurerinnenlogen in Frankreich, die letzte davon wurde in dem bretonischen Wallfahrtsorte Auray gegründet. Die Frau, ob sich ein Freimaurer kirchlich beerdigen lassen dürfte, wurde

nach längerer Debatte bejaht, weil die Freimaurerreg I allen Religionen gegenüber Toleranz vorschreibt. (Wie tolerant!) Immerhin sollen aber doch wenigstens die Mitglieder des Ordensrates die Verpflichtung eingeben, sich bürgerlich bekant zu lassen, das wurde als selbstverständlich herbeigehoben. Man sieht, die Freimaurer sind sehr tolerant!

Italien.

Der Corriere della Sera erhält aus Deslo, dem Bohnorte Titonis, die Meldung, daß der bevorstehende Wechsel im diplomatischen Dienste die Votschaften in Berlin, Wien und Konstantinopel einbegreife.

Rußland.

Die National-Zeitung bringt die Mitteilung, daß Jar Nikolais und seine Familie noch vor Mitte Oktober dem dänischen Königshofe im Schlosse Frederiksberg einen Besuch abstatten werden. Die Mitteilung wird durch die dem Hofe nahestehenden Kreise bestätigt und hinzugefügt, daß die Kaiserin-Witwe von Rußland anlässlich der bevorstehenden Ankunft des Jaren die Abreise von Kopenhagen verschoben hat. — Der Jar soll nach einer Loffar-Meldung den Befehl unterzeichnet haben, daß General Stüffel auf die Liste der dauernd pensionierten Generale zu setzen sei und daß alle weiteren Verhandlungen des Kriegsgerichts über die Kapitulation von Port Arthur niedergeschlagen werden. — Am russischen Hofe erzählt man, daß der Gesundheitszustand des Jaren in der letzten Zeit viel zu wünschen übrig lasse. Auch seine Reise in die finnischen Schären wird damit in Zusammenhang gebracht. Ja man rechnet bereits mit der Möglichkeit der Einsetzung einer Regentenschaft. — In Odessa sandten die Juden, durch Wortstücken und Uebertreibungen schwarzer Wunden aufs äußerste beunruhigt, eine Abordnung zum Militärbezirkschef Kaulbars. Dieser versprach, für die Aufrechterhaltung der Ruhe zu sorgen. — Das österreichische Justizministerium gab dem Verlangen Rußlands, Nikolajew auszuliefern, der nach Wlissingen des Planes gegen den Gouverneur von Bessarabien ein Bombenattentat unternahm und nach Tschernowij geflüchtet war und hier von der Staatspolizei verhaftet wurde, keine Folge, obwohl eine Konvention zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland besteht, zur Auslieferung politischer Verbrecher. Nikolajew wurde sofort in Freiheit gesetzt und reiste nach Zürich ab. — Bei Szczałowa überfielen russische Räuber die Bahnpost des Vemberg-Szczałowaer Personenzuges, raubten gegen 6000 Kronen, 18 Wertbriefe und 200 andere Briefe.

Marokko.

Aus Magador wird gemeldet, daß eine Abteilung marokkanischer Regierungstruppen, die der dortige Pascha bestrafte, weil sie einige Franzosen aus der Umgebung einer Wäscherei vertrieben, mit Waffen und Munition zu dem rebellischen Rai Anfos übergegangen ist, der einen neuen Aufschlag vorbereitet.

(Weiter: Raabtsch in der 2. Beilage.)

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 29. September 1906.

Tagelkalender für den 30. September 1906. Kaiser Nikolais in Wien. — 1870. Kämpfe bei Wissemburg, Ochevitz und Tilsit gegen die Pariser Ausfallarmee. — 1811. * Auguste, deutsche Kaiserin, Gemahlin Kaiser Wilhelms I., zu Weimar. — 1745. Sieg Friedrichs des Großen bei Soor. — 1681. Strahburg wird von Frankreich annektiert. 1. Oktober. 1904. 25jährige Jubiläumfeier des Reichsgerichts in Leipzig. — 1878. Eröffnung des Reichsgerichts in Leipzig. — 1872. Das neue Militärstrafgesetzbuch für das Deutsche Reich tritt in Kraft. * Karl v. Wittich zu München, hervorragender Historienmaler. — 1768. Schlacht bei Boboßy. Sieg Friedrichs des Großen. — 1718. * Friedrich Wilhelm Marburg zu Seckau, gründlich gelehrter Musiktheoretiker. — 1896. Gründung der Heidelberger Universität.

Wetterprognose des Königl. Sächs. meteorologischen Instituts zu Dresden für den 30. September: Wind und Bewölkung: schwache südliche Winde, abnehmende Bewölkung. Niederschlag und Temperatur: meist trocken, etwas kühl. Nach den zurzeit getroffenen Dispositionen findet die Vermählung Sr. Königl. Hoheit der Prinzessin Johanna Georg mit der Prinzessin Immaculata von Bourbon-Sizilien Sonnabend, den 20. Oktober, in Cannes statt. Die hohen Neuvermählten werden Sonnabend, den 17. November, in Dresden eintreffen und voraussichtlich in den Mittagsstunden ihren feierlichen Einzug in die Haupt- und Residenzstadt halten. — Für den Nachmittag dieses Tages ist eine Zeremonientafel im königlichen Schlosse geplant. Sonntag, den 18. November, werden die hohen Neuvermählten Glückwunschreden von den Herren und Damen der 1. und 2. Klasse der Hofrangordnung und den Königl. Sächs. Kammerherren nebst Gemahlinnen im prinzipalen Palais Zinzendorfstraße annehmen und abends dem Theater vor im Königl. Opernhaus bewohnen.

Die Prinzenöhne, sowie die Prinzessinentöchter Sr. Majestät des Königs begaben sich heute nachmittag nach Schloß Grillenburg, um dort bei Sr. Majestät dem Könige zu verweilen.

Aus Sibyllenort erfahren wir, daß das Befinden Ihrer Majestät der Königin-Witwe ein recht gutes ist. Allerhöchstdieselbe gedenkt Donnerstag den 4. Oktober wieder nach Villa Streßlen zurückzufahren.

Einen komischen Vereinsfall haben die „Chemnitzer Neuesten Nachrichten" erlebt. In Nr. 226, vom 28. September, schreiben sie:

„Dem evangelischen Bischof Dr. Lhiel in Frauenburg (Ermland) ist aus Anlaß seines 80. Geburtstages der Rote Adlerorden 1. Klasse verliehen worden. Katholische Kirchenfürsten brauchen nicht erst 80 Jahre alt zu werden, um zu solchen Ehren zu kommen."

Damit hat der Schreiber dieser Zeilen seinem Wissen ein großes Armutszeugnis ausgestellt. Er weiß nicht einmal, daß es gegenwärtig in Deutschland nur katholische und einen altkatholischen Bischof, nicht aber „evangelische" Bischöfe gibt. König Friedrich Wilhelm III. von Preußen hatte zuletzt einigen hervorragenden protestantischen Theologen zur Anerkennung des Verdienstes im geistlichen Stande den Titel „Bischof" verliehen und zwar: Sod (1816), Borowski (1829 Erzbischof), Eylert (1818), Mitschel (1827), Reander (1830), Dräseke (1831), Roh (1836). Seitdem wurde der Titel nicht wieder vergeben. Die Fürstentümer:

libel und die landes Funktionen deputation Raqr. * testanische Schlußkap als König v. Kopp, d. „evangelisch 80 Jahre geehrt zu Deutschlan gehet, a katholische hat. B. Raqr. * ebangelisch Ausstellungen Arbeiten Orgel n. ! Le erzigte g Kfcher, A Allerdings Teil bel. die Trag die P. Willelmu denig at Vergnügt beiwohnt Uhr neb stolzenen Bla den Könt im Vellei Kofke, I der städt übrigen und meß des Schü der kath tritt der als Wito St. sich hera meindeu 1000 W forstwür Bezahlu vollstän zu trage ausgeföh Dr besther dab sehr gab. I der Ach entnehm untergel De Waldes Mannes hängen feinerle begrabt M ficher Z gestern frunken vorher einer e kumpel f jährige Trefpp selbst gschach chen. gehöbrig f feierl Saale Stifftu wird g genten biete I das a enthäl entgel sigen f Zomifc libera noch f seinen fetten sang Der Bem „Caci beran haufe Reine finde der C auch als d Musf bilde Die